

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 2. Auflage	V
Bearbeiterverzeichnis	VII

Kapitel 1

Der Wirtschaftsausschuss als Teil der Gremien-Struktur der Mitbestimmung

I. Einleitung	2
II. Funktion, Bildung und Arbeitsweise des Wirtschaftsausschusses	2
1. Funktion des Wirtschaftsausschusses	2
a) Der Wirtschaftsausschuss als Hilfsorgan des (Gesamt-)Betriebsrats	2
b) Der Wirtschaftsausschuss als unternehmensbezogenes Organ	3
2. Bildung des Wirtschaftsausschusses	4
a) Voraussetzungen der Bildung des Wirtschaftsausschusses	4
b) Beteiligte und Ablauf der Bildung des Wirtschaftsausschusses	8
c) Ersetzung des Wirtschaftsausschusses	10
3. Arbeitsweise des Wirtschaftsausschusses	11
a) Binnenorganisation und Zuständigkeiten des Wirtschaftsausschusses sowie Rechtsstellung des Wirtschaftsausschusses und seiner Mitglieder	11
b) Unterrichtung des Wirtschaftsausschusses durch den und Beratung mit dem Unternehmer sowie Berichterstattung des Wirtschaftsausschusses gegenüber dem (Gesamt-)Betriebsrat	13
III. Sonderthema: Verhältnis des Wirtschaftsausschusses zum (mitbestimmten) Aufsichtsrat	15
1. Funktion des (mitbestimmten) Aufsichtsrats	15
2. Bedeutung der Kompetenzen des (mitbestimmten) Aufsichtsrats für die Unterrichtung des Wirtschaftsausschusses durch den Unternehmer	17
3. Kommunikation zwischen Wirtschaftsausschuss und (mitbestimmtem) Aufsichtsrat	20
IV. Sonderthema: Errichtung des Wirtschaftsausschusses bei Modifikation der Betriebsverfassung	21
1. Problemstellungen in der Praxis	21

IX

2. Betriebsverfassungsorganisation als beidseitig zwingendes Recht	22
3. Errichtung eines Wirtschaftsausschusses im Kleinunternehmen durch (gewöhnlichen) Tarifvertrag oder (freiwillige) Betriebsvereinbarung	22
4. Errichtung eines Konzernwirtschaftsausschusses durch (gewöhnlichen) Tarifvertrag oder (freiwillige) Betriebsvereinbarung	23
5. Wirtschaftsausschuss und Strukturtarifvertrag	23
V. Fazit	26

Kapitel 2

Besondere Beratungsgegenstände

I. Einleitung	28
II. Wirtschaftliche Angelegenheiten i. S. v. § 106 BetrVG	28
1. Allgemeine Aufgaben des Wirtschaftsausschusses und Unterrichtungspflicht des Unternehmers	28
2. Darstellung der Auswirkungen auf die Personalplanung	29
3. Wirtschaftliche Angelegenheiten i. S. v. § 106 BetrVG	30
III. Besondere Beratungsgegenstände	31
1. Vorbemerkung	31
2. Beratung mit dem Wirtschaftsausschuss in Krisenzeiten	31
a) Zur wirtschaftlichen und finanziellen Lage des Unternehmens i. S. v. § 106 BetrVG; insbesondere Validierung von Business-Plänen	31
b) Einführung von Kurzarbeit als „wissenschaftliche Angelegenheit“ i. S. v. § 106 BetrVG; insbesondere Kombination von Kurzarbeit und Qualifikation	32
c) Sonstige wirtschaftliche Angelegenheiten in der Krise	34
3. Arbeitszeit und Arbeitszeiterfassung als „wirtschaftliche Angelegenheit“?	34
4. Die Personalplanung als „Lobby der zukünftigen Arbeitsplätze“	35
a) Zur Personalplanung im Zuge von Industrie/Arbeit 4.0	35
b) Verhältnis zu den §§ 92 ff. und §§ 96 ff., 97 Abs. 2 und §§ 111 ff. BetrVG	36
IV. Sonderthema: Planungs-Sitzungen im deutschen (Teil-)Konzern und in der Matrix-Organisation	37
1. Das „Unternehmen“ als Anknüpfungspunkt	37

a) Der Wirtschaftsausschuss im Konzern	37
b) Der Wirtschaftsausschuss in der Matrix-Organisation	39
2. Die Beteiligungsrechte des Wirtschaftsausschusses im Konzern und in der Matrix-Organisation	40
a) Umfang und Reichweite der Beteiligungsrechte	40
b) Insbesondere: Beteiligungsrechte des Wirtschaftsausschusses abhängiger Unternehmen bei Informationsdefiziten	41
c) Haftung des Unternehmers bei Informationsdefiziten	43
V. Fazit	44

Kapitel 3
Sonstige wirtschaftliche Angelegenheiten
des Unternehmens

I. Einleitung	45
II. Sonstige wirtschaftliche Angelegenheiten des Unternehmens	
i. S.d. § 106 Abs. 3 Nr. 10 BetrVG	46
1. Grundlagen	46
2. Regelungsgegenstand des § 106 Abs. 3 Nr. 1 bis Nr. 9a BetrVG	47
3. Abgrenzung zu den besonderen Beratungsgegenständen des § 106 Abs. 3 Nr. 1 bis Nr. 9a BetrVG	48
4. Wirtschaftliche Angelegenheiten in der Pandemie	50
III. Reichweite des Fragerechts des Wirtschaftsausschusses	51
1. Wirtschaftliche Angelegenheiten als Angelegenheiten des Unternehmens	51
2. Fragerecht des Wirtschaftsausschusses	52
a) Unternehmen als Anknüpfungspunkt	53
b) Grundsätzlich kein Informationsdurchgriff bei Konzernbezug	54
c) Informationsdurchgriff bei Konzernbezug nur unter engen Voraussetzungen denkbar	56
IV. Sonderthema: Abgrenzung der Beratung nach § 106 BetrVG zu den Beratungen nach § 111 BetrVG und § 17 KSchG	57
1. Verhältnis der Beratung nach § 111 BetrVG zu den Beratungen nach § 106 BetrVG	57
a) Gegenstand und Durchführung der Beratungen	58
b) Zeitpunkt und Reihenfolge der Beratungen	59
2. Verhältnis der Beratungen nach § 17 KSchG zu den Beratungen nach § 106 BetrVG	60
a) Verhältnis der Beratungen zueinander	60

b) Gegenstand und Durchführung der Beratungen	61
c) Zeitpunkt und Durchführung der Beratungen	61
V. Fazit	62

Kapitel 4 **Zeitpunkt der Beratung**

I. Praktische Relevanz	63
II. Ein Zeitfenster ermitteln	64
1. Rechtzeitig, aber nicht zu früh	65
2. Verspätung vermeiden	66
a) Begriff der Rechtzeitigkeit	66
b) Praxisrelevante Konstellationen	69
c) Drohende Sanktionen	70
III. Spannungsfeld „Publizitätspflicht und Unterrichtung“	70
1. Rechtliches Dilemma	70
2. Lösungsansatz	72
3. Zusammenfassung	73
IV. Sonderthema: Planung und Gestaltung von Personalmaßnahmen im Konzern	73
1. Personalmaßnahmen auf Unternehmensebene	74
2. Personalmaßnahmen auf Konzernebene	75
3. Zusammenfassung	75
V. Fazit	76

Kapitel 5 **Ablauf und Dauer**

I. Grundlagen	77
II. Ablauf und Dauer der Beratungen effizient gestalten	79
1. Zeitlicher Rahmen der Beratungsdauer	80
a) Untergrenze	80
b) Obergrenze	81
2. Gestaltung des Sitzungsablaufs	83
a) Zielorientiertes Unterrichten und Beraten	84
b) Reihenfolge der Beratungsgegenstände	85
III. Fazit	86

IV. Sonderthema: Einberufungspflicht und Tagesordnung	87
1. Einberufung des Gremiums	87
a) Berechtigung zur Einberufung.....	87
b) Einberufungspflicht	88
2. Festlegung der Tagesordnung.....	90
3. Fazit	92
V. Sonderthema: „Beratungshemmnis“ Europäischer Betriebsrat?	92
1. Praktische Bedeutung.....	93
2. Die Beteiligungsrechte	94
a) Unterrichtung und Anhörung im gesetzlichen Modell	97
b) Unterrichtung und Anhörung bei bestehender Vereinbarung	97
3. Das Beteiligungsverfahren	98
a) Grundlegendes zu den Sitzungen.....	98
b) Gemeinsame Beteiligung mit nationalen Arbeitnehmer- vertretern	99
c) Fehler und ihre Konsequenzen.....	99
4. Fazit	100

Kapitel 6

Erforderliche Unterlagen

I. Praktische Relevanz	101
II. Umfang der Unterrichtungspflicht mit Blick auf die erforderlichen Unterlagen.....	102
1. Mindestumfang und -inhalt	103
2. Häufig nachgefragte Unterlagen bei Betriebsänderungen	105
3. „Informationsflut“ vermeiden	106
4. Informations-, aber keine Informationsbeschaffungspflicht	107
5. Im Einzelnen vorzulegende Unterlagen	108
III. Seitens des Unternehmens zu beachtende Formalien.....	110
IV. Rechte des Wirtschaftsausschusses im Hinblick auf die Vorlage der Unterlagen	111
V. Konsequenzen der Nichtvorlage bzw. unvollständigen Vorlage der Unterlagen	112
VI. Sonderthema: Verzahnung mit dem wirtschaftlichen Berater des Betriebsrats.....	113
1. Berechtigung zur Hinzuziehung eines Sachverständigen.....	113

2. Erforderlichkeit der Hinzuziehung.	114
3. Übermittlung von Unterlagen an den Sachverständigen	115
VII. Fazit	115

Kapitel 7

Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen

I. Grundlagen.	118
II. Begriff	118
1. Betriebs- und Geschäftsgeheimnis („materielles“ Geheimnis)	118
2. Geheimhaltungserklärung („formelles“ Geheimnis)	119
3. Sonderfälle	120
4. Änderungen durch GeschGehG?	121
a) Anwendbarkeit des GeschGehG im Arbeitsrecht	122
b) Änderung des Geschäftsgeheimnisbegriffs	122
III. Schutzquellen.	124
1. Geheimhaltungspflicht des § 79 Abs. 1 BetrVG	124
a) Adressaten	124
b) Dauer	124
c) Umfang	125
d) Ausnahmen	126
2. Beschränkte Unterrichtungspflicht des Arbeitgebers gem. § 106 BetrVG.	126
a) Gefährdung eines Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisses	127
b) Beilegung von Meinungsverschiedenheiten, § 109 BetrVG	127
c) Sanktionen für Verletzung der Unterrichtungspflicht	128
3. Vertragliche Nebenpflicht des Arbeitsvertrags	128
4. Non Disclosure Agreement	129
5. Kollektivverträge	130
6. Deliktsrecht, Kapitalmarktrecht und UWG	130
7. GeschGehG	131
8. Geheimnisschutz im arbeitsgerichtlichen Verfahren	131
a) § 52 ArbGG	131
b) § 79 BetrVG im Beschlussverfahren	132
9. Sonderfall: Unternehmensübernahme	133
10. Sonderfall: Hinweisgeberschutz.	134
IV. Sanktionen bei Verletzung von Geheimhaltungspflichten	135
1. Ausschluss aus Wirtschaftsausschuss/Auflösung Wirtschafts- ausschuss	135

2. Negatorischer Rechtsschutz	136
3. Schadensersatz	136
4. Außerordentliche Kündigung	137
5. Verweigerung weiterer Auskunft	138
6. Strafrechtliche Sanktionen	138
7. GeschGehG	139
8. Marktmissbrauchsverordnung	139
 V. Sonderthema: Beratungsinhalte aus dem Europäischen Betriebsrat	139
1. Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen im EBRG	140
a) Beschränkte Unterrichtungspflicht der zentralen Leitung, § 35 Abs. 1 EBRG	140
b) Geheimhaltungspflicht des EBR gegenüber dem Wirtschafts- ausschuss?	140
c) Geheimhaltungspflicht des Wirtschaftsausschusses	141
2. Strukturelle Probleme der Geheimhaltung im Mehrebenen- system	141
 VI. Fazit	142

Kapitel 8
Fehler und Fehlerfolgen bei der
Beteiligung des Wirtschaftsausschusses

I. Das Streitverfahren als „klassische“ Fehlerfolge	144
1. Fehler bei der Beteiligung und ihre Konsequenzen	144
2. Vorgehensweise nach Verletzung eines Beteiligungsrechts	145
 II. Wenn kein Einvernehmen erzielt werden kann	146
1. Wer ist zuständig?	146
a) Zuständigkeit der Einigungsstelle	146
b) Zuständigkeit der Arbeitsgerichte	148
2. Die Verfahrensarten im Einzelnen	149
a) Verfahren vor der Einigungsstelle	149
b) Gerichtliches Verfahren	151
c) Verfahren im einstweiligen Rechtsschutz	152
3. Exkurs: Streitigkeiten über das Vorliegen von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen	152
4. Exkurs: Hinzuziehung eines Rechtsanwalts durch den Betriebsrat	153
a) Im Verfahren vor der Einigungsstelle	154
b) Im gerichtlichen Verfahren	154

III. Vollstreckbarkeit der Entscheidungen	155
IV. Sonderthema: „Anrechnung“ von Beratungsinhalten in späteren Beratungen nach § 111 BetrVG und § 17 KSchG	156
1. Effizientes Beraten in der Praxis	156
2. „Anrechnung“ in der Beratung nach § 111 BetrVG	157
a) Aufteilung der Beratungsinhalte	157
b) Bereits vorgelegte Unterlagen	158
3. „Anrechnung“ in der Beratung nach § 17 KSchG	159
a) Beratung mit einem Ausschuss	159
b) Beratung mit Wirtschaftsausschuss und Betriebsrat	160
4. Beratungsinhalte begrenzen und ergänzend nutzen	160
V. Sonderthema: Fehler der WA-Beratung in der späteren Einigungsstelle nach §§ 111, 112 BetrVG	161
1. Fehler im Beteiligungsverfahren	161
2. Zusammenhänge erkennen	161
3. Auswirkungen auf die Interessenausgleichsverhandlungen	162
a) Keine unmittelbaren Konsequenzen	162
b) Faktische Auswirkungen	162
4. Risiko in der Beratung minimieren	164

Kapitel 9

Environmental Social Governance – Bedeutung für die betriebliche Mitbestimmung

I. Einleitung	165
II. ESG in der betrieblichen Mitbestimmung	166
1. Der Wirtschafts- und Sozialausschuss in Frankreich	166
2. Die Rolle des Wirtschaftsausschusses in Deutschland	167
3. § 106 BetrVG als „Einfallstor“?	167
a) Betrieblicher Umweltschutz als wirtschaftliche Angelegenheit nach § 106 Abs. 3 Nr. 5a BetrVG	167
b) Sonstige wirtschaftliche Angelegenheiten nach § 106 Abs. 3 Nr. 10 BetrVG?	168
4. Sonstige Mitbestimmungstatbestände	168
a) Betrieblicher Umweltschutz	168
b) Nachhaltiges Handeln aufgrund „grüner“ Verhaltensrichtlinien	169
c) Nachhaltige Vergütungsgestaltung (§ 87 Abs. 1 Nr. 10, 11 BetrVG)	171

d) Mitarbeiterbefragungen: Personalfragebögen/Diversity	172
Monitoring: §§ 80 Abs. 2, 94 Abs. 1 BetrVG	172
e) Ausblick: BetrVG-Modernisierungsentwurf einer	
DGB-Projektgruppe	174
III. Zusammenfassung	175

Kapitel 10

Datenschutz und Wirtschaftsausschuss

I. Fragestellung	177
II. Die datenschutzrechtliche Grundsystematik im Betriebsverfassungsgesetz	178
1. Regelungsinhalt des § 79a BetrVG	178
2. Datenschutzrechtliche Verantwortlichkeit	179
3. Datenschutzrechtliche Pflichten	180
III. Entsprechende Anwendung des § 79a BetrVG auf den Wirtschaftsausschuss	181
IV. Datenschutzrechtliche Pflichten des Wirtschaftsausschusses	181
1. Datenschutzrechtliche Prüfung des Arbeitgebers	183
2. DS-GVO konkretisiert BetrVG-Pflichtenkreis	183
3. Konkrete Vorgaben und Pflichten aus § 79a BetrVG	184
V. Leitlinien für wirksames Datenschutzkonzept	185
1. Leitlinien für ein Datenschutzkonzept	185
2. Hintergrund und Erforderlichkeit für technisch-organisatorische Maßnahmen	186
3. Beispielhafte technisch-organisatorische Maßnahmen	188
VI. Pflichtverstöße und Rechtsfolgen	189

Kapitel 11

Das Lieferkettensorgfaltspflichtgesetz im Wirtschaftsausschuss

I. Corporate Social Responsibility	191
II. Die Lieferkette als wesentlicher Teil der Corporate Responsibility	192
III. Beteiligung des Wirtschaftsausschusses bei Fragen der Sorgfaltspflichten entsprechend dem Sorgfaltspflichtenschutzgesetz	193

IV. Bedeutung des Informations- und Fragerechts	
des Wirtschaftsausschusses	194
1. Umfang der unternehmerischen Sorgfaltspflichten	194
2. Reichweite der Informationspflicht bzw. des Fragerechts	
des Wirtschaftsausschusses	195
a) Argumente für eine Begrenzung auf das eigene Unternehmen.	195
b) Argumente für ein weitergehendes Verständnis	196
3. Übertragung auf Unternehmen mit weniger als	
1.000/3.000 Arbeitnehmern im Inland.	197
4. Inhalt der Unterrichtung durch den Unternehmer	198
V. Folgen fehlerhafter/unvollständiger Unterrichtung	199
VI. Ausblick auf weitere gesetzgeberische Änderungen –	
Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) und	
Corporate- Sustainability-Due-Diligence-Richtlinie	199
VII. Fazit und Best Practice-Vorschläge	201
Literaturverzeichnis	203
Sachregister	211